



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 22. September 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 25. September 2023

Fokusthema: **Gesundheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag zunächst zwei Gesetzesrevisionen in Zusammenhang mit der Gerichtsorganisation abschliessen. Anschliessend geht es noch einmal um die Pistenverlängerung auf dem Flughafen Zürich – konkret um die Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen. Weiter stehen einige Wahlen an, darunter die des Bankrates der ZKB für die Amtsperiode 2023–2027. Und schliesslich sind verschiedene der Gesundheitsdirektion zugeordnete Geschäfte traktandiert, namentlich die Geschäftsberichte der Kantonsspitäler, zwei tierschützerisch motivierte parlamentarische Initiativen und – falls Zeit bleibt – eine Reihe von Vorstössen.

Zweite Lesung zur Strafprozessordnung und zum Höchstalter für Richterinnen und Richter

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu zwei Vorlagen zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Zuerst werden mit einer Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess die notwendigen Anpassungen an die geänderte eidgenössische Strafprozessordnung vorgenommen ([5891](#)). Die zweite Vorlage betrifft die Altersgrenze für Richterinnen und Richter ([KR-Nr. 421/2020](#)). Diese sollen künftig im Monat, in dem sie das 68. Altersjahr vollenden, aus dem Amt ausscheiden. Gleichzeitig wird mit dieser Revision das Laienrichtertum auch auf Ebene der obersten kantonalen Gerichte abgeschafft, ein Schritt, den die Bezirksgerichte bereits vollzogen haben.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Pistenverlängerungen: Keine unnötige Opferung von Fruchtfolgeflächen

Die Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich haben im Kantonsrat zuletzt für lange Debatten gesorgt. Sie wurden schliesslich mehrheitlich unterstützt, endgültig entschieden wird aber das Stimmvolk. Am Montag wird sich der Rat nochmals mit Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen auseinandersetzen. Mit dem von SVP, FDP und Mitte unterstützten dringlichen Postulat wird der Regierungsrat aufgefordert zu zeigen, wie der Kulturlandverlust insbesondere der bestehenden Fruchtfolgeflächen so gering wie möglich gehalten werden kann ([KR-Nr. 286/2023](#)). Weil der Bericht Grundlage des Plangenehmigungsverfahrens zur Pistenverlängerung sein soll, ist der Vorstoss als dringlich eingereicht worden. Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Stellt am Montag jemand einen Ablehnungsantrag, wird sofort über die Überweisung oder Ablehnung des dringlichen Postulates diskutiert und entschieden.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), 052 375 27 29

Wahl des ZKB-Bankrates für die Amtsperiode 2024–2027

Der Kantonsrat wird den Bankrat für die kommende vierjährige Amtsperiode wählen ([KR-Nr. 174/2023](#)). Das Präsidium wird in geheimer Wahl bestimmt, die restlichen zehn Mitglieder in offener Wahl. Es sind drei Bankratsmitglieder zu ersetzen, nämlich Peter Ruff, Anita Sigg und Stefan Wirth. Die Interfraktionelle Konferenz empfiehlt den früheren SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt, den früheren GLP-Kantonsrat Gregor Kreuzer und die Ökonomin Claudia Zimmermann (Die Mitte) zur Wahl.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Geschäftsberichte der Spitäler zur Genehmigung beantragt

Erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird die Genehmigung der Jahresberichte und der Berichte über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2022 verschiedener medizinischer Institutionen, auch wenn die Genehmigungen an sich unumstritten sind. So beantragt die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) einstimmig, die Berichte des Universitätsspitals Zürich (USZ) ([5911](#)), der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) ([5912](#)), des Kantonsspitals Winterthur (KSW) ([5909](#)) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) ([5910](#)) zu genehmigen.

Die ABG, die in ihrem Bericht zu den Jahresberichten auch Rechenschaft über ihre Aufsichtstätigkeit ablegt, hat sich von den vier Anstalten über bestimmte Themen wie den Umgang mit der Nachhaltigkeit, Konzepte gegen Rassismus und die Einhaltung der bundesgesetzlichen Vorgaben zur Lohngleichheit informieren lassen. Zudem hat sie eine Nachkontrolle zu ihrem früheren Bericht über das Beschaffungswesen durchgeführt und dabei auch die Prüfungsergebnisse der Finanzkontrolle einbezogen. Die Erkenntnisse sind in den Geschäftsberichten kurz zusammengefasst und in einem ausführlichen separaten Bericht (KR-Nr. 155/2023) zuhanden des Kantonsrates ausgewiesen.

Um die aktuellen Herausforderungen im Gesundheitswesen – Fachkräftemangel und steigender Kostendruck – zu meistern, stellen die Spitäler und Kliniken Überlegungen zu strategischen Partnerschaften und Kooperationen an. Die ABG befürwortet solche Entwicklungen. Gleichzeitig erwartet sie die in den Eigentümerstrategien geforderte Erarbeitung von Kooperationsstrategien und ein entsprechendes Controlling dieser für den Kanton risikobehafteten, vertraglich und finanziell komplexen Gebilde. Im Kampf gegen den Fachkräftemangel haben alle Anstalten zudem eine Vielzahl von Massnahmen zur Personalrekrutierung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzkultur ergriffen.

Die ABG erachtet die Erreichung der vom Eigentümer gesteckten finanziellen Ziele mittelfristig als unwahrscheinlich. Die Tarife decken die ambulanten Leistungen ungenügend und die stationären Leistungen nur knapp ab. Gleiches gilt für die Leistungen des USZ im Bereich der Spitzenmedizin. In den kommenden Jahren sollen umfangreiche Infrastrukturvorhaben bei USZ und PUK umgesetzt werden. Die Eigentümerstrategie verlangt von den Anstalten Massnahmen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Nach Ansicht der ABG sollte auch die Gesundheitsdirektion – aus übergeordneter Sicht – die gewünschte Positionierung der kantonalen Spitäler in der Gesundheitsversorgung hinterfragen und allenfalls überarbeiten sowie realistische Eigentümerziele formulieren.

ABG-Präsidentin: Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

FIKO: Verkauf der Kantonsapotheke an das Universitätsspital soll genehmigt werden

Nach der Behandlung der Geschäftsberichte der Spitäler wird der Kantonsrat über den Verkauf der Kantonsapotheke Zürich (KAZ) an das Universitätsspital Zürich (USZ) entscheiden. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt einstimmig, die dafür erforderlichen Objektkredite zu bewilligen ([5916](#)). Für den Verkauf werden die Aktien der verselbstständigten KAZ zum Buchwert per 1. Januar 2024 an das USZ übertragen. Die neue Aktiengesellschaft fliesst über eine Vollkonsolidierung in die Rechnung des USZ und damit auch in die konsolidierte Rechnung des Kantons ein. Die Übertragung ist daher auf Stufe Kanton saldoneutral. Der Objektkredit für die notwendige Eigenkapitalerhöhung des USZ wird auf 22 Millionen Franken festgelegt, wobei die Verwendung aber auf den Betrag des Buchwerts und damit des Kaufpreises begrenzt ist. Die aktuelle (Plan-)Erfolgsrechnung der KAZ zeigt, dass sich das Unternehmen strategisch und operativ neu ausrichten muss, um finanziell nachhaltige Ergebnisse zu erwirtschaften. Für die im Rahmen der Umstrukturierung anfallenden Kosten sollen der verselbstständigten KAZ Beiträge von insgesamt 7,5 Millionen Franken bis Ende 2026 bewilligt werden.

FIKO-Präsident: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

WAK: Mehrheit für Standesinitiative zum Tierwohl und gegen Initiative zu Tiertransporten

Gleich mit zwei parlamentarische Initiativen werden Forderungen auf Bundesebene zum Tierwohl gestellt. Bei der ersten geht es um ein Importverbot von Echtpelz ([KR-Nr. 441/2020](#)). Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, dieser Forderung von SVP-Kantonsrätin Sandra Bossert zuzustimmen. Verlangt wird konkret ein Importverbot für Echtpelz aus tierquälerischen, ausländischen Zuchten oder Wildfang. Eine Minderheit (FDP, AL und ein Teil der SP) lehnt die PI ab. Am 28. Dezember 2023 laufe die Unterschriftensammlung zur eidgenössischen Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» ab. Die Stimmberechtigten würden sich voraussichtlich ohnehin mit der Thematik auseinandersetzen können. Bei der zweiten parlamentarischen Initiative geht es um die Einreichung einer Standesinitiative zur Vermeidung von Tiertransporten ([KR-Nr. 145/2021](#)). Ausländisches Fleisch aus mehrtägigen Tiertransporten soll mit dem Herkunfts- und Verarbeitungsland deklariert werden müssen. Zudem seien Zollbeschränkungen aufzuerlegen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die PI von SVP-Kantonsrätin Nina Fehr abzulehnen, unter anderem deshalb, weil im Juni 2022 auf Bundesebene bereits eine gleichlautende Motion eingereicht worden ist. Eine Minderheit (SVP, Grüne, CSP) stimmt der PI zu.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit PI Echtpelz: Doris Meier (FDP, Bassersdorf) 044 836 42 07

Minderheit PI Tiertransporte: Paul Mayer (SVP, Marthalen) 078 750 30 74

Vorstösse zu Gesundheitsförderung und Umpolungstherapien

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat voraussichtlich ein paar der traktandierten Vorstösse behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. Grünen-Kantonsrat Benjamin Walder möchte mit Unterstützung von SP, FDP und Mitte den Regierungsrat beauftragen, in einem Konzept darzulegen, wie der Kanton Zürich sowohl die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung verbessern als auch die Gesundheitsförderung und Prävention vermehrt fördern kann ([KR-Nr. 110/2021](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP eine Diskussion darüber verlangt hat, wird über eine Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden. Zur Ablehnung beantragt hat die Regierung indes eine Motion von Grünen-Kantonsrat Florian Heer, mit der dieser, unterstützt von SP, GLP, Mitte und AL, den Regierungsrat auffordert, die gesetzlichen Grundlagen für ein Verbot von Konversionstherapien auf Kantonsgebiet zu schaffen ([KR-Nr. 183/2021](#)).

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73

Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Schriftliche Verfahren:

Diskussionslos behandelt werden am Montag ...

- die unter Traktandum 9 beantragte Fristerstreckung um ein Jahr zu einem von FDP-Kantonsrätin Bettina Balmer eingereichten Postulat «Zeitgemässe Verordnung zum Epidemienengesetz» ([KR-Nr. 279/2021](#)).

- die unter Traktandum 15 beantragte Abschreibung des Postulats «Wissenschaftliche Erkenntnisse betreffend spitalbedingter medizinischer Über- resp. Unterversorgung während des SARS-CoV-2 bedingten Lockdowns» von Mitte-Altkantonsrat Lorenz Schmid ([KR-Nr. 332/2020](#)).

Personelles:

Nach der Wahl des Bankrates wird der Kantonsrat auch zwei Stellen am Baurekursgericht ([KR-Nr. 248/2023](#) und [KR-Nr. 310/2023](#), in Traktandum 7 und 8) und in Traktandum 18 eine am Schiedsgericht für Sozialversicherungsstreitigkeiten ([5913](#)) neu besetzen. Die Wahlvorschläge der IFK beziehungsweise im letzten Fall der Justizkommission (JUKO) sind nicht bestritten. Unbestritten ist

auch die Wahl von Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) in die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK). Sie ersetzt dort Edith Häusler.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Horgen), 079 619 56 53

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37